

Alternativlos –

SOLIDARITÄT

statt

KONKURRENZ

KAPITALISMUS ABSCHAFFEN



Krieg, Armut, Umweltzerstörung, Flucht und Ausbeutung – das sind nach wie vor die Kennzeichen des globalen Kapitalismus. Doch so muss es nicht bleiben! Eine andere Welt, in der nicht eine Minderheit maßlosen Reichtum anhäuft und die große Mehrheit schuften muss, ist möglich.

Am 1.Mai gehen wir deshalb auf die Straße um zu zeigen, dass ein revolutionärer Bruch mit diesem System notwendig ist! Millionen Menschen rund um den Globus demonstrieren an diesem Tag –

dem traditionellen Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter – gemeinsam gegen die Zumutungen des Kapitalismus und für die Perspektive einer solidarischen Gesellschaft.

2016 organisieren wir bundesweit in mehreren Städten am 1.Mai antikapitalistische Aktivitäten. In dieser Zeitung finden sich Informationen und Analysen zu aktuellen politischen Themen – von unten, für eine revolutionäre Perspektive!

THEMEN

- Alternativlos: Solidarität statt Konkurrenz.....Seite 2*
- International: Krieg in der Türkei, Solidarität mit Rojava.....Seite 4*
- Frauenkampf: Antifeminismus von Rechts.....Seite 6*
- Flucht: Ursachen bekämpfen - nicht Flüchtlinge.....Seite 8*
- Antifa: Klassenkampf statt rassistische Spaltung.....Seite 10*
- Klassenkampf: Offensiv kämpfen statt Sozialpartnerschaft....Seite 12*
- TTIP: Die Freiheit auszubeuten ... Seite 14*





Alternativlos: Solidarität statt Konkurrenz KAPITALISMUS ABSCHAFFEN!

In den vergangenen Monaten haben sich die politischen Ereignisse überschlagen: Massenhaft flüchten Menschen ins vermeintlich sichere Europa. Brutale Bürgerkriege, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, Armut und Diskriminierung haben sie aus ihren Ländern vertrieben. Diese Situation hat in ganz Europa, speziell auch in Deutschland, zum Erstarken verschiedener rechter Bewegungen und Parteien geführt, die irrationale Ängste und Rassismus schüren. Die bürgerliche Politik reagiert hierauf mit weiterer Abschottung, neuen Kriegseinsätzen im Mittleren Osten und dem Versuch, Flüchtlinge und Lohnabhängige gegeneinander auszuspielen.

Es fällt in diesem Zusammenhang meist ganz unter den Tisch, dass es sich hierbei nicht um zufällige Ereignisse handelt, sondern um Erscheinungen der tiefen Krise, in der der Kapitalismus spätestens seit 2008 steckt.

Krise? Da war doch was ...

Anders als uns bürgerliche Politiker und Unternehmerverbände weismachen wollen, ist die Krise keineswegs vorbei. Sie hat nach wie vor die Ökonomien ganzer Staaten im Griff, was sich insbesondere in den Ländern Südeuropas zeigt. Nach den umfassendsten „Sparmaßnahmen“ eines europäischen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg sind heute drei Millionen Menschen in Griechenland von der Gesundheitsversorgung abgeschnitten, während 17 Prozent der Menschen nicht in der Lage sind, ihren täglichen Bedarf an Lebensmitteln zu decken. Beinahe alle rentablen Staatsunternehmen wurden privatisiert und die jeweilige Regierung ist an die Weisungen von Internationalem Währungsfond, Europäischer Zentralbank und EU-Kommission gebunden. Auch in Spanien konnte der maßgeblich von Deutschland über ganz Europa verhängte Sparkurs auf Zerstörungstour gehen. Dort beträgt die Arbeitslosigkeit 20,5 Prozent, unter Jugendlichen sogar 45 Prozent. Seit 2007 wurden dort über eine halbe Million Wohnungen zwangsgeräumt, und rund zwei Millionen Kinder leiden unter Mangelernährung. Kein Wunder, dass über eine Million junger Menschen seit 2012 das Land auf der Suche nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen verlassen haben. Für seine Mitarbeit an diesem sozialen Desaster erhielt der spanische Ministerpräsident Rajoy bei einem Staatsbesuch bezeichnenderweise großes Lob von der deutschen Kanzlerin persönlich.

Dass deutsche Unternehmen bisher vergleichsweise gut durch die Krise kamen und zum Teil sogar besser da stehen als zuvor, hat mehrere Gründe:

Zum einen profitierten sie häufig vom Ausverkauf des öffentlichen Eigentums, zu dem andere Länder gezwungen waren. So hat beispielsweise der Betreiber des Frankfurter Flughafens, die Fraport AG, vierzehn gewinnbringende griechische Flughäfen aufgekauft. Auch Häfen, die Bahn, Krankenhäuser und weitere öffentliche Einrichtungen wurden privatisiert und werden nun häufig von deutschen Konzernen kontrolliert. Selbstverständlich nicht ohne massive Entlassungen und Lohnkürzungen für die verbliebenen Beschäftigten. Weniger profitable Teile, zum Beispiel der Bahn, wurden dem Staat überlassen oder gleich ganz stillgelegt.

Noch wichtiger war aber die Fähigkeit deutscher Konzerne, ihre Konkurrenten in den schwächelnden südeuropäischen

Ländern auszusteichen. Das gelang ihnen nur, weil die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter im Verhältnis zum Wert der hergestellten Produkte hierzulande rekordverdächtig niedrig sind. Die Einführung von massenhaft schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsplätzen, häufig in Form von Mini- oder Teilzeitjobs, war das Ziel der Agenda 2010, die seinerzeit von Rot-Grün eingeführt wurde.

Wenn heute also davon fabuliert wird, „Deutschland sei gut aus der Krise gekommen“, so stimmt das für die Chefetagen der großen Unternehmen, die Banken, ihre Aktionäre und das politische Personal der Regierung - sprich für die herrschende Klasse. Sie haben sich ihre Extra-Profite durch die Ausplünderung der schwächeren Länder der EU und die Ausbeutung der Lohnabhängigen-Klasse in Form von Leiharbeit, prekärer Beschäftigung und Verzicht auf Lohnsteigerungen realisiert. Für alle anderen ist die Krise permanent.

Betriebsunfall mit System

Dass die Herrschenden die Krise nicht wirklich in den Griff bekommen, liegt aber nicht etwa an ihrer politischen Unfähigkeit, sondern ist im Kapitalismus selbst begründet. Denn anders als weltweiter Hunger und Armut selbst in den reichsten Ländern vermuten lässt, ist nicht der Mangel an Geld und Waren das Problem, sondern ihr massiver Überfluss. Genauer gesagt, fehlen der herrschenden Klasse schlicht genügend Möglichkeiten ihr Kapital gewinnbringend anzulegen und genügend Menschen, die sich ihre Waren leisten können. Ein Widerspruch, der sich in einem System, das auf ständiger Konkurrenz und Ausbeutung basiert, einfach nicht lösen lässt.

Neben wachsender Armut, Leistungsdruck und Perspektivlosigkeit auf der einen Seite, sowie maßlosem Reichtum auf der anderen, führt die Unmöglichkeit, diesen Widerspruch zu lösen, auch wieder verstärkt zu militärischer Aufrüstung und imperialistischen Kriegen, um Konkurrenten auszuschalten, Rohstoffquellen zu sichern und gewaltsam neue Märkte zu öffnen.

Problembewältigung: Zuspitzung statt Lösung?

Indem rassistische Bewegungen und Parteien wie Pegida, CSU, AfD oder offene Faschisten gegen Flüchtlinge hetzen, lenken sie die tiefgreifende Verunsicherung, die seit Beginn der Krise um sich greift, weg von den eigentlich Verantwortlichen auf die schwächsten Teile der Gesellschaft. Nicht die kapitalistische Krisenpolitik, die schon Millionen ins Elend gestürzt hat, nicht die Banken, die mit Nahrungsmitteln spekulieren und so für Hungersnöte verantwortlich sind, und auch nicht die bürgerlichen Politiker und Militärs, die ständig mehr „deutsche Verantwortung“ einfordern und damit doch nur den nächsten Krieg meinen, werden als Gefahr wahrgenommen - sondern Menschen, die aus größter Not, meistens zu Fuß, mit nicht mehr als sie tragen können, zu uns geflüchtet sind.

Damit formulieren die Rechten eine politische Antwort auf die Krise, die sich durchaus nicht nur gegen Geflüchtete richtet. Denn ihre ideologische Mischung aus Rassismus,



Entsolidarisierung und Ignoranz verteidigt letztlich die herrschende Ordnung, spaltet die Klasse der Lohnabhängigen und treibt den gegenseitigen Kampf aller gegen alle auf die Spitze. Wenn sie sich heute gegen Geflüchtete richten, dann morgen gegen andere Minderheiten und "Nestbeschmutzer": gegen Homosexuelle, Menschen mit migrantischen Wurzeln, emanzipierte Frauen oder eben gegen streikende ArbeiterInnen. Dass sie damit in keinem Widerspruch zur Klasse der Besitzenden stehen, liegt auf der Hand.

Jetzt sind wir gefragt!

Wenn wir also nicht in diese Falle tappen wollen, gilt es eine gesellschaftliche Perspektive und wirkliche Lösungsansätze für die gesellschaftlichen Probleme aufzuzeigen.

Zuerst einmal muss das der Kampf gegen alle Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen sein, verbunden mit der Zurückweisung jedes Rassismus und jeder Spaltung unserer Klasse anhand von Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Die zum Teil sehr entschlossen Streiks im vergangenen Jahr, weisen hier in die richtige Richtung. So haben beispielsweise die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst sich nicht mit dem von der Gewerkschaftsführung vorgeschlagenen Schlichtungsergebnis abspeisen lassen, sondern sich für weitergehende Forderungen eingesetzt. Sie haben nicht nur um Geld, sondern auch um die gesellschaftliche Aufwertung der Arbeit von Berufsgruppen, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten, gekämpft.

Auch solidarische Kämpfe gegen die weitere Aufweichung des Mindestlohns, gegen die Heraufsetzung des Rentenalters, gegen das sogenannte Freihandelsabkommen TTIP oder den rechten Mob werden weiterhin notwendig sein.

Hier geht es nicht nur darum, die täglichen Zumutungen dieses Systems ein wenig abzufedern, vielmehr ist es besonders wichtig, gemeinsame (Kampf-)Erfahrungen zu machen und anzufangen, dem ständigen Klassenkampf von oben, den Kampf unserer Klasse - der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter - entgegenzusetzen.

Eine Welt der Solidarität!

Gerade am 1. Mai wollen wir eine Perspektive sichtbar machen, die über die täglichen Abwehrkämpfe hinausgeht. Denn schon längst ist überdeutlich, dass der Kapitalismus der Mehrheit der Menschen nichts mehr zu bieten hat. Um das zu veranschaulichen: Die 62 reichsten Personen besitzen heute so viel wie 3,5 Milliarden, die ärmere Hälfte der Menschheit. Der Kapitalismus kann seine weitere Existenz schon lange nicht nur auf Kosten aller bisher erkämpften sozialen Errungenschaften, sondern auch auf Kosten unserer Umwelt und damit der Grundlage für das Überleben der Menschheit, sichern. Eine Gesellschaft, die nicht auf Ausbeutung von Mensch und Natur beruht, in der Rassismus und Diskriminierung keinen Platz hat, ist notwendig. In der sich alle nach ihren Bedürfnissen und ihren Fähigkeiten beteiligen können und Solidarität statt Konkurrenz wichtigstes gesellschaftliches Prinzip ist.

Grundlage einer solchen sozialistischen Ordnung muss eine Wirtschaft sein, in der gemeinsam geplant wird, was und wie produziert werden soll. Es geht um die kollektive Verfügung über all die Güter und Reichtümer, all die wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten unserer Gesellschaft, die in diesem System nur Einzelnen gehören und lediglich zur Bewahrung und Anhäufung von privatem Besitz dienen. Was die große Mehrheit produziert, soll in einer sozialistischen Gesellschaft auch dazu dienen, die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen zu befriedigen und den größtmöglichen Wohlstand für alle zu gewährleisten.

Für eine solche solidarische gesellschaftliche Alternative zu kämpfen und das bestehende System zu stürzen, ist sicher keine einfache Aufgabe - sich für dieses Ziel gemeinsam zu organisieren, bleibt dennoch die einzige Alternative zur Resignation. Am 1. Mai gehen wir daher für dieses Ziel gemeinsam mit Millionen Menschen weltweit auf die Straße. Es ist unser Leben, das wir nicht weiter in wirtschaftlicher Abhängigkeit, entfremdet von den Früchten unserer Arbeit und gezwängt in ein System politischer Entmündigung, führen wollen!

Heraus zum Revolutionären 1. Mai!



DIE STRATEGIE DES TERRORS und das Schweigen der EU

Seit Monaten herrscht Krieg in der Türkei. In kurdischen Städten wurden Ausgangssperren verhängt und ganze Stadtteile werden von der Polizei und dem Militär belagert, beschossen und teilweise aus der Luft bombardiert. In Sur, in Diyarbakir, Cizre, Silopi, Nusaybin und an anderen Orten sind seitdem über 250 Menschen ermordet worden. Leichname liegen auf den Straßen, weil sie nicht geborgen werden können. Wer es doch versucht, läuft Gefahr von Scharfschützen des türkischen Militärs erschossen zu werden. Über 200.000 Menschen sind geflohen, etliche aufgrund der Belagerung von Wasser, Lebensmitteln und medizinischer Versorgung abgeschnitten. Gleichzeitig rollt eine heftige Repressionswelle durch das Land: Linke und fortschrittliche Kräfte werden politisch verfolgt, WissenschaftlerInnen, die die Kriegspolitik verurteilen, mundtot gemacht und regierungskritische JournalistInnen verhaftet.

Vor wenigen Monaten hatten einzelne Orte in Nordkurdistan - genannt Bakur - im Süden der Türkei ihre Autonomie und Selbstverwaltung ausgerufen. Viele Nachbarschaften hatten sich bereits vorher in basisdemokratischen Räten zusammengeschlossen. Die Antwort des türkischen Staates war ein heftiger Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Nachdem anfänglich vor allem Jugendliche, die sich in der YPG-H - der Jugendorganisation der PKK - zusammengeschlossen hatten, Gräben aushoben und Barrikaden errichteten, hat sich der Widerstand mittlerweile verbreitert. Mit den YPS bildeten sich Verteidigungsstrukturen nach dem Vorbild des bewaffneten Selbstschutzes in Rojava. Sie organisieren seitdem den Kampf in den Stadtvierteln und liefern sich schwere Gefechte mit den türkischen Sicherheitskräften, um die verbliebenen Menschen und die Autonomie zu verteidigen. Obwohl die sozialen und politischen Auswirkungen dieses Kampfes weitreichend sein werden, bestimmt der Staat durch die Brutalität des Krieges momentan den Rahmen der Auseinandersetzung. Die Unterstützung der YPS und PKK ist zwar in den kurdischen Städten nach wie vor groß, der Konflikt aber militärisch auf Dauer nicht zu gewinnen. Die kurdische Bewegung hofft daher auf eine friedliche Lösung, obgleich daran mit der AKP-Regierung kaum noch jemand glaubt.

In der Türkei hat sich ein autoritäres Regime etabliert, das Schritt für Schritt auf dem Weg in eine Diktatur ist. Die islamisch-konservative AKP mit Erdogan an der Spitze strebt ein Präsidialsystem an, um ihre ohnehin schon große Macht zu vergrößern und sichern. In den vergangenen Jahren wurden bereits vielfältige Gesetze beschlossen, um den Weg hierfür

zu ebnen. Die Parlamentswahlen im Juni 2015 haben dem jedoch vorläufig einen Strich durch die Rechnung gezogen und deutlich gezeigt, dass große Teile der Bevölkerung nicht auf Seiten der AKP stehen. Die HDP, ein Zusammenschluss verschiedener linker und revolutionärer Organisationen, in der auch KurdInnen aktiv sind, erhielt 13,1 Prozent der Stimmen und wäre damit ins Parlament gekommen. Auch hätte die AKP damit die, für die Einführung des Präsidialsystems nötige, verfassungsändernde Mehrheit von 60 Prozent nicht erhalten. Um dies zu verhindern, rief die AKP Neuwahlen aus und regiert seither - auch nach den Neuwahlen, bei denen sie sich mit dem Verbreiten von Angst, ihre Alleinherrschaft wieder sichern konnte - mit Terror.

Die sozialen Bewegungen, Vereinigungen von Homosexuellen, Gewerkschaften und linke Parteien haben außerhalb der kurdischen Gebiete noch keine Antwort auf die Situation gefunden. Der gesellschaftliche Aufbruch im Zuge der Gezi-Proteste von 2013 - der Bruch mit der Angst und der massenhafte Widerstand - sind durch die massive Repression erstickt worden. Einige kampferfahrene revolutionäre Gruppen leisten zwar weiterhin entschiedenen Widerstand gegen den Staat. Doch der Einschüchterung der Bevölkerung, aber auch der ungebrochen hohen Akzeptanz der AKP in ländlichen Regionen, können sie derzeit wenig entgegensetzen. Es bleibt zu hoffen, dass sich eine breite linke Allianz gegen das AKP-Regime bildet. Die Erfahrungen der kurdischen und revolutionären Gruppen werden dabei unersetzlich sein, haben sie zumindest gezeigt, dass auch unter äußerst repressiven Bedingungen der Kampf möglich ist.

Die AKP spricht davon, die kurdischen Städte von der PKK zu „säubern“ und sie zu „vernichten“. Die EU und vor allem Deutschland schweigen zu den Menschenrechtsverletzungen, der Einschränkung der Pressefreiheit und dem Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Kein Wunder, denn die Bundesregierung setzt auf die Türkei in Sachen Flüchtlingsabwehr. Auf dem EU-Gipfel Mitte März wurden der Türkei mehrere Milliarden Euro, Visa-Erleichterungen und beschleunigte EU-Beitrittsverhandlungen in Aussicht gestellt, wenn sie die Geflüchteten vor den Außengrenzen der Europäischen Union stoppt und in Sammellagern interniert. Die deutsche Regierung ist seit Jahrzehnten eine wichtige Stütze des türkischen Staates und politisch, militärisch und wirtschaftlich eng mit ihm verbunden. Deutsche Behörden unterstützen nicht nur durch ihr Schweigen den Staatsterror in der Türkei. Mit dem PKK-Verbot und der Kriminalisierung von linken türkischen Organisationen nach §129a/b setzen sie die Verfolgung oppositioneller Kräfte auch in der Bundesrepublik um. Immer wieder werden vermeintliche PKK-KaderInnen verhaftet und eingesperrt. Erst im Februar wurde das unabhängige Jugendzentrum Korn in Hannover wegen angeblicher PKK-Unterstützung durchsucht. In Heilbronn wurde eine Demo gegen die Massaker in Cizre und Sur von der Stadt verboten.

Gegen die Kriminalisierung von linken Strukturen hier und in der Türkei braucht es breite Bewegungen. Als antirassistische und antikapitalistische Linke muss es uns aber auch darum gehen, der Komplizenschaft mit dem Erdogan-Regime und dem schmutzigen „Flüchtlingsdeal“ verstärkt Protest und Widerstand entgegenzusetzen. Das heißt, die progressive kurdische Bewegung nicht alleine zu lassen und die Parole der internationalen Solidarität mit Leben zu füllen.





Wenn der Kampf um Befreiung mehr als eine Utopie ist

SUPPORT ROJAVA

Rojava, das mehrheitlich von KurdInnen bewohnte Gebiet im Norden Syriens, hat sich zum Hoffnungsschimmer für die gesamte Region entwickelt. Die falsche Wahl zwischen dem Assad-Regime, der neoliberalen Politik des Westen und dem Islamismus konnte durchbrochen werden. Inmitten des Bürgerkriegs wurde eine andere Art von Gesellschaft etabliert. Die Selbstverwaltung in Rojava ist ein radikaler Gegenentwurf zu den sozialen und politischen Verwerfungen in Syrien. Während in den hiesigen Medien meist über die herausragende Rolle der KurdInnen im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) oder die Nähe der PYD und der Verteidigungskräfte YPG und YPJ zur ArbeiterInnenpartei Kurdistans PKK diskutiert wird, ist von dem Aufbau ihres Gesellschaftsmodells selten die Rede.

Entgegen der allgemeinen Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten findet in Rojava ein umfassender Prozess der Demokratisierung statt. Auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen haben sich Räte gebildet, die das Zusammenleben organisieren. Bildungseinrichtungen wurden geschaffen, in denen gleichberechtigt diskutiert werden kann. In mehreren Bereichen – vor allem in der Landwirtschaft – wurden Kooperativen gegründet, die eine kollektive Produktion ermöglichen sollen. In allen offiziellen Gremien müssen mindestens 40 Prozent Frauen vertreten sein, die außerdem über eigene zivile und militärische Organisationen verfügen, wodurch systematisch patriarchale Strukturen zurückgedrängt werden. Auch die Beteiligung von Minderheiten ist auf allen Ebenen sichergestellt, was auch der Ethnisierung des Krieges wie sie durch IS und Al-Nusra betrieben wird, entgegenwirkt.

Dass derartige Formen solidarischen Zusammenlebens – ob wir sie nun sozialistisch oder radikal-demokratisch nennen – auch bewaffnet gegen reaktionäre Kräfte verteidigt werden müssen, hat der Kampf vor Ort gezeigt. Die Angriffe der Islamisten, die durch die Türkei und einige Golfmonarchien massiv unterstützt wurden oder die seit Anfang des Jahres auch direkten Angriffe des türkischen Militärs auf Stellungen der kurdischen Verteidigungskräfte YPG entlang der Grenze, sind in erster Linie Angriffe auf die gelebte Alternative in Rojava. Deren Ausstrahlungskraft fürchten viele der autoritären Regime in der Region zurecht.

In den letzten Jahrzehnten konnten antikapitalistische Bewegungen nirgendwo die politische und ideologische Dominanz des neoliberalen Kapitalismus brechen. Die Bedeutung eines konkreten Gegenentwurfs wie in Rojava kann daher kaum hoch genug eingeschätzt werden. Wir wissen, dass die Hoffnungen in revolutionäre Aufbrüche in der Vergangenheit mehrfach enttäuscht wurden. Sie wurden militärisch zerrieben. Sie scheiterten an den eigenen Widersprüchen und Fehlern. Oder sie konnten der Sogkraft der alten Macht- und Herrschaftsstrukturen nicht widerstehen. Rojava stehen viele Kämpfe noch bevor. Doch schon heute zeigt sich, dass eine gesellschaftliche Alternative zu Krieg, religiösen Fundamentalismus, Patriarchat und Kapitalismus möglich ist. Wenn Rojava als revolutionäres Projekt eine Chance haben soll, muss es verteidigt werden. Verteidigt gegen die Türkei und andere regionale Mächte, den brutalen Terror der islamistischen Fundamentalisten und die Einflussnahme westlicher Staaten.

Vorwärts

INTERNATIONALES BATAILLON!

Im Juni 2015 wurde in Rojava, im kurdischen Teil von Syrien, das Internationale Freiheitsbataillon von mehreren türkisch/kurdischen Parteien gegründet. In diesem kämpfen Linke aus unterschiedlichen Ländern und politischen Strukturen.



Innerhalb des Bataillons gibt es eine eigene Frauenstruktur. Es sind bereits zahlreiche internationale KämpferInnen gefallen, darunter Ivana Hoffmann, eine deutsche Kommunistin aus Duisburg.

Doch das Bedeutende ist nicht nur der konkreten Kampf gegen die islamistischen Mörderbanden – durch das Bataillon wird auch wieder ein fast vergessener proletarischer Internationalismus Realität. In diesem spielen Grenzen keine Rolle, der Kampf in anderen Ländern wird als der eigene verstanden, da wir alle Teil einer weltweit unterdrückten Klasse sind. Unser Kampf in Deutschland oder in Rojava ist also derselbe Kampf für ein besseres und solidarischeres System, für das Menschen nicht nur hier aktiv sind. Dass uns dieses System von den Herrschenden nicht geschenkt wird, hat die Geschichte gezeigt. Wir müssen es daher auf vielfältigen Ebenen erkämpfen und verteidigen.

Weitere Infos: www.support-rojava.org



ANTIFEMINISMUS VON RECHTS

Nicht nur rassistische Hetze gegen Muslime oder Flüchtlinge hat seit einiger Zeit Konjunktur, sondern auch rechte Stimmungsmache gegen den sogenannten Genderismus. Auch von „Gender-Kritik“ oder dem „Kampf gegen die Genderideologie“ ist oft die Rede. Was genau bekämpft werden soll, bleibt meist im Unklaren. Das englische Wort „gender“ bezeichnet einfach das kulturelle Geschlecht, also Geschlechterrollen, im Unterschied zu „sex“, dem biologischen Geschlecht. Es wird vielfältig verwendet: FeministInnen nutzen es zum Beispiel, um die angeblich natürlichen Geschlechterrollen zu hinterfragen, staatliche Einrichtungen sprechen von „gender mainstreaming“, wenn sehr bescheidene Versuche unternommen werden, die Interessen von Männern und Frauen gleichermaßen im öffentlichen Raum zu berücksichtigen oder es haben sich an den Universitäten die „gender studies“ etabliert, um zu erforschen, welche Rolle Geschlechterverhältnisse in der Gesellschaft spielen.

Wenn Rechte aller Schattierungen – von rechten CDUlern über die AfD bis hin zu Faschisten – gegen den sogenannten Genderwahn Sturm laufen, lehnen sie alles ab, was sich damit ihrer Ansicht nach verbindet: Gleichberechtigung der Frauen, die Möglichkeit der Abtreibung oder die Akzeptanz von anderen Liebesbeziehungen, z.B. homo- oder bisexuelle. Im Kern geht es darum, das traditionelle Familienbild zu verteidigen und zu zementieren. Der Mann als Ernährer und Familienoberhaupt, die Frau als seine treusorgende

Ehefrau und Mutter mehrerer Kinder soll wieder die allgemeine Norm werden. Emanzipierte Frauen und homosexuelle Menschen stören dieses Bild und sollen an den Rand gedrängt werden. Neu ist das nicht, so propagieren Veröffentlichungen der sogenannten Neuen Rechten wie die „Junge Freiheit“ oder „eigentümlich frei“ schon seit vielen Jahren reaktionäre Weltbilder dieser Art. Neu ist hingegen, dass rechter Antifeminismus in der Öffentlichkeit häufiger zu finden ist. Beispiele dafür sind die „Märsche für das Leben“, bei denen unter anderem in Berlin immer wieder tausende von christlichen FundamentalistInnen gegen das Recht auf Abtreibung auf die Straße gehen, oder die „Demos für alle“ in Stuttgart, bei denen seit 2014 bereits neunmal tausende Menschen gegen sexuelle Vielfalt und Gleichberechtigung auf die Straße gegangen sind. Eine Rednerin, die dort z.B. aufgetreten ist, ist Birgit Kelle, CDU-Mitglied, Verfasserin von Büchern wie „Dann mach doch die Bluse zu – ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn“ oder „GenderGaga – wie eine absurde Ideologie unseren Alltag erobern will“, häufige Autorin in der „Jungen Freiheit“, sowie einem breitem Publikum durch zahlreiche Auftritte in Talkshows bekannt. Und es ist auch kein Zufall, dass die homophoben „Demos für alle“ unter anderem von Beatrix von Storch, der Vize-Vorsitzenden der „Alternative für Deutschland“, ins Leben gerufen wurden. Für die AfD ist Antifeminismus neben Rassismus ein wichtiger Bestandteil ihrer Ideologie. Sie vermerkt dabei unter anderem die Lüge, dass homosexuelle



Menschen nicht mehr diskriminiert werden, mit der Wahnvorstellung, dass die etablierten Parteien Geschlechter und die Familie an sich abschaffen wollen:

So heißt es bereits in der Präambel des Wahlprogramms der AfD zur Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg:

„Nirgendwo gibt es heute noch nennenswerte Diskriminierung Homosexueller und anderer sexueller Minderheiten – und das ist auch gut so. Der grün-rote Kampf gegen die angeblich allgegenwärtige Diskriminierung, der unter der Fahne des „Gender Mainstreaming“ geführt wird, hat die Zerstörung der traditionellen Familie und die Auflösung der geschlechtlichen Identität von Mann und Frau zu seinem eigentlichen Ziel. Die Politik des „Gender Mainstreaming“ mit all ihren Folgeerscheinungen wie Frauenquoten, Gleichstellungsbeauftragten und staatlicher Propaganda für sexuelle Minderheiten lehnt die AfD rigoros ab.“

Auch findet man in diesem Zusammenhang bei der AfD das von den Faschisten geprägte Schlagwort vom „Volkstod“ wieder. Während es bei der NPD schlicht heißt „Deutsche Kinder braucht das Land - Volkstod stoppen“, liest man bei der AfD das Gleiche – nur etwas umständlicher formuliert:

„Der Schutz, die Förderung und die steuerliche Entlastung der Familie sind daher überlebensnotwendig für jedes Volk, das nicht seine eigene Abschaffung betreiben will. [...] Neben einer auf das zuträgliche Maß begrenzten und nach Kriterien gesteuerten Einwanderung ist es daher vor allem notwendig, die Geburtenrate in unserem Land zu steigern. In diesem Sinne setzt sich die AfD für eine „Willkommenskultur für Kinder“ ein, die auch eine Reduzierung der viel zu hohen Abtreibungszahlen mit sich bringen würde.“

Mit der „Willkommenskultur für Kinder“ sind selbstverständlich nicht Flüchtlingskinder gemeint. Vielmehr soll die deutsche Mutter möglichst viele Kinder gebären, damit die Deutschen nicht zur „aussterbenden Minderheit“ werden. Und dass die Zahl der Abtreibungen in Deutschland bereits seit 2004 ständig sinkt, angebliche hohe Abtreibungszahlen also nur ein Pseudo-Problem sind, ist hier nicht das Entscheidende. Denn es geht es der AfD darum, die Möglichkeit der Abtreibung und somit das Recht der Frauen, über den eigenen Körper zu bestimmen, anzugreifen und eine der Errungenschaften der Frauenbewegung rückgängig zu machen.

Überhaupt geht es der AfD und anderen Rechten darum, unter dem Label „Genderkritik“ oder „Kampf der Genderdiktatur“, eine Vorherrschaft von feministischen Ideen zu behaupten, gegen die man sich wehren müsse. Die alltägliche Realität in Deutschland sieht selbstredend anders aus: Frauen sind nach wie vor das benachteiligte Geschlecht. Sexualisierte Gewalt und Belästigung, bei denen die Täter in den allermeisten Fällen nicht Flüchtlinge, sondern Einheimische aus der nahen Umgebung der Frauen sind, sind trauriger Alltag. So haben bereits 40 Prozent aller Frauen in Deutschland im Laufe ihres Lebens Erfahrungen mit Übergriffen gemacht. Dazu kommt noch die materielle Schlechterstellung durch prekäre, meist schlecht bezahlte Jobs im Dienstleistungsbereich, speziell in sozialen Berufen und damit verbunden ein höheres Armutsrisiko als bei Männern im Alter. Die alten Geschlechterrollen, die dazu führen, dass nach wie vor Männer kreative oder technische Berufe ausüben, während Frauen Berufe haben, bei denen sie sich um andere kümmern, sind nach wie vor lebendig. Auch dass die Arbeit im Haushalt als „typisch weiblich“ gilt und in Beziehungen und Familien nur eine Minderheit von Männern auch putzt, kocht oder spült, führt dazu, dass Frauen oft einer doppelten Belastung ausgesetzt sind.

Die Antwort darauf liefert aber nicht der bürgerliche Feminismus, der sich vor allem darum sorgt, wie man über eine Frauenquote den Anteil von Frauen in Aufsichtsräten erhöhen kann. Vielmehr können wir uns ein Beispiel an der Tradition der proletarischen Frauenbewegung nehmen, die ihre Kämpfe auch immer mit den Kämpfen gegen Militarismus und kapitalistische Ausbeutung verbunden hat. Es muss klar gemacht werden, dass traditionelle Rollenmuster genau wie homophobe Vorurteile oder Rassismus die Klasse spalten und einen solidarischen Umgang miteinander verhindern. Allerdings sind die patriarchalen Verhältnisse auch eng mit den Verwertungsinteressen des Kapitals verknüpft. So versuchen Konzerne durch geringere Löhne für Frauen diese gegen ihre männlichen Kollegen auszuspielen, mit dem Ziel die Löhne insgesamt nach unten zu drücken.

Der Kampf gegen die herrschenden patriarchalen Zustände kann deshalb nicht losgelöst vom Kampf gegen alle Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse gesehen werden. Unser Ziel muss es sein eine klassenlose Gesellschaft aufzubauen, in der letztendlich ein friedlicher und solidarischer Umgang der Menschen miteinander, unabhängig von Geschlecht und Herkunft, möglich ist.





SOLIDARITY!

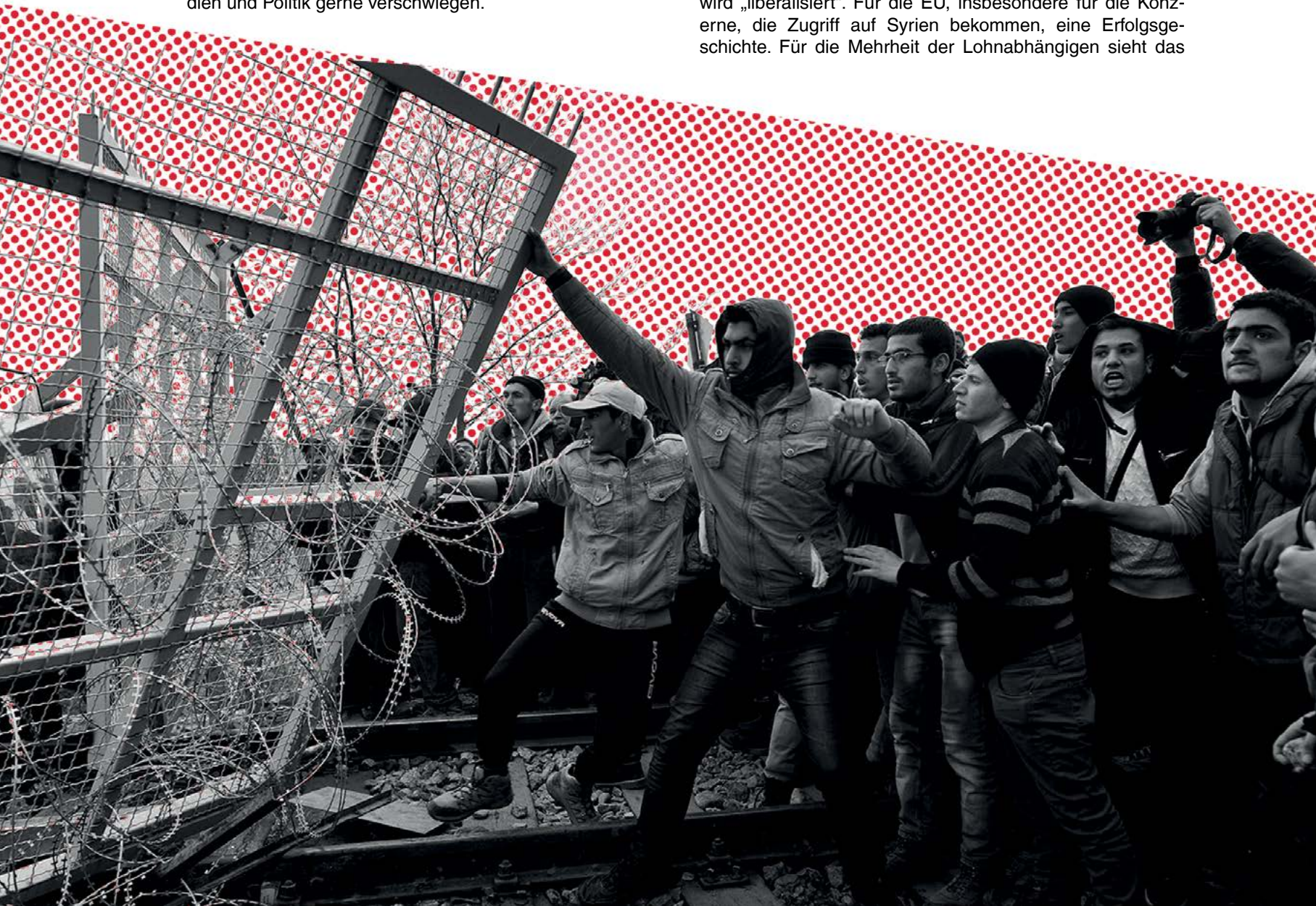
Fluchtursachen bekämpfen - nicht Flüchtlinge!

Auf den ersten Blick erscheint Deutschland in aller Welt als ein strahlendes Vorbild, was die Flüchtlingspolitik angeht. Hunderttausende Menschen aus Syrien, Irak, Afghanistan und anderen Ländern, haben hier Zuflucht gesucht und gefunden. Dazu noch die Hilfsbereitschaft und das Engagement von Teilen der Bevölkerung. Doch wenn man genauer hinsieht, bekommt dieses Bild Risse. Denn warum gibt es eigentlich so viele Menschen, die ihre Heimat verlassen und auf dem Weg nach Europa oft ihr Leben riskieren? Haben die Fluchtursachen auch vielleicht etwas mit dem Handeln der deutschen Konzerne und der deutschen Außenpolitik zu tun? Niemand flieht freiwillig, für jede Flucht gibt es Gründe. An den Küsten Afrikas beispielsweise haben die dortigen Fischer ihre Existenzgrundlage durch westeuropäische oder japanische Fischfangflotten verloren. In der Sahelzone und an vielen anderen Orten verlieren Kleinbauern durch Monokulturen der großen Agrarkonzerne ihre Existenzgrundlage. Eine häufige Ursache für Flucht ist Krieg. Insbesondere in Afghanistan, dem Irak und Syrien ist das Leben für die Bevölkerung oft ein einziger Kampf ums nackte Überleben. So ist es kaum verwunderlich, wenn Menschen versuchen dem zu entfliehen und in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach Europa kommen. Dass die deutsche Politik an der Situation in ihren Herkunftsländern Schuld trägt, wird in Medien und Politik gerne verschwiegen.

Wir wollen anhand des Bürgerkriegs in Syrien, der schon Millionen Menschen zur Flucht getrieben hat, aufzeigen, dass die Destabilisierung des Landes nicht zufällig kam, sondern mit dem globalen Kapitalismus zusammenhängt. Werfen wir einen Blick zurück:

Der Stellvertreterkrieg in Syrien

2006 in Syrien: Das Land wird bereits seit Jahrzehnten von der säkularen Baath-Partei regiert. Es ist eine Einparteiensherrschaft, die mithilfe von sozialen Zugeständnissen, Klientelpolitik und Repression ihre Macht erhält. Jedoch ist auch die politische Einflussnahme von z.B. Islamisten verboten, was den religiösen Minderheiten zu Gute kommt. Doch wirtschaftliche Schwierigkeiten und eine hohe Arbeitslosigkeit führen dazu, dass sich das Assad-Regime gezwungen sieht, das Angebot der sog. „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ der EU anzunehmen. Das Unglück für die Mehrheit der Bevölkerung nimmt nun seinen Lauf: Private Banken werden zugelassen, Importe aus dem westlichen Ausland gefördert, Steuern gesenkt, Subventionen für Güter des täglichen Bedarfs werden gekürzt und gleichzeitig Privatisierungen vorgenommen. Mit einem Wort, die Wirtschaft wird „liberalisiert“. Für die EU, insbesondere für die Konzerne, die Zugriff auf Syrien bekommen, eine Erfolgsgeschichte. Für die Mehrheit der Lohnabhängigen sieht das





anders aus: Sie leiden unter Entlassungen und steigenden Preisen. Präsident Assad beginnt seine Zustimmung in den ärmeren Teilen der Bevölkerung zu verlieren - jenen Gesellschaftsgruppen, die zuvor das System gestützt hatten. Die EU nimmt in internen Papieren zur Kenntnis, dass die Reformen die Armut vergrößert haben, betont jedoch vor allem die Vorteile für die EU.

2011 ist das Jahr des sogenannten Arabischen Frühlings. Auch in Syrien gibt es Demonstrationen gegen das Regime, massenhaft werden daraufhin Oppositionelle verhaftet und meist gefoltert. Aus zivilen Protesten wird ein bewaffneter Aufstand, es kommt zur Gründung der sog. Freien Syrischen Armee (FSA). Gleichzeitig gewinnen Dschihadisten an Stärke, auch der sog. Islamische Staat (IS) bekommt immer mehr Bedeutung. Vom Irak aus marschiert er in Syrien ein, bis er schließlich Anfang des Jahres 2016 nahezu ein Drittel des syrischen Staatsgebietes kontrolliert. Unterstützung bekommt der IS dabei von der Türkei, Saudi-Arabien und Katar. So liefert z.B. Saudi-Arabien deutsche Panzerfäuste an die Islamisten. Eine besonders schmutzige Rolle spielt das Nato-Mitgliedsland Türkei. Der türkische Geheimdienst liefert Waffen an den IS und bildet seit 2012 diverse Islamisten aus. Das dortige AKP-Regime hat der kurdischen Freiheitsbewegung sowohl in Syrien, als auch in der Türkei den Krieg erklärt, während der angebliche Kampf gegen den IS-Terror nicht mehr als ein Lippenbekenntnis geblieben ist.

Deutschland an vorderster Front.

Deutschland als wirtschaftlich starkes und mächtigstes Land in der EU hat mit dazu beigetragen Syrien zu destabilisieren. Deutsche Waffen finden sich überall im Bürgerkrieg und Deutschland deckt auch das Vorgehen des türkischen AKP-Regimes, was den Islamisten in Syrien zu Gute kommt. Für deutsche Konzerne und ihre Vertretung, die Regierung, ist dabei entscheidend, dass der Profit gesichert wird und neue Märkte erschlossen werden. An Menschenrechten oder Frieden hat dabei niemand ernsthaft Interesse. Das liegt aber nicht daran, dass die herrschende Klasse und ihre Vertreter etwa besonders „unmoralisch“ sind, sie handeln lediglich in der Logik des Kapitalismus und des Imperialismus.

Gemeinsam gegen Krieg, Rassismus und Imperialismus

Dass wir solidarisch mit den Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten sind, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Aber genauso sind wir mit den sogenannten „Wirtschaftsflüchtlingen“ solidarisch, denn wer entscheidet denn darüber, wann jemand fliehen „darf“ und wann nicht? Wieso darf man vor einem Krieg fliehen, aber nicht vor Hunger und extremer Armut? Woher nehmen sich die imperialistischen Staaten, darunter auch Deutschland das Recht, in alle Welt Waffen zu liefern, aggressive neoliberale Politik zu fördern, aber dann die Augen vor den Folgen zu schließen?

Für uns ist es klar, dass die ArbeiterInnenklasse kein „Vaterland“ hat, das die Grenze nicht zwischen einzelnen Ländern, nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Oben und Unten verläuft. Wir verteidigen daher auch nicht „unser Abendland“ gegen die „Islamisierung“, sondern wir kämpfen für eine Welt, in der für kapitalistische Ausbeutung, Krieg, Rassismus und religiösem Fundamentalismus gleicher-

maßen kein Platz mehr ist. Wenn wir eine Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung erreichen wollen, dürfen wir uns nicht durch rassistische Hetze spalten lassen. Stattdessen sollten wir uns zusammenschließen und ein besseres Leben für uns alle erkämpfen!



Weitere Infos zum Thema Geflüchtete und deren Kämpfen auf der Seite der Flüchtlings-Selbstorganisation "The Voice"

www.thevoiceforum.org

Und auf der Seite der "Karawane"

www.thecaravan.org



KLASSENKAMPF statt rassistische Spaltung!

Bei den Landtagswahlen Mitte März in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, hat die rechtspopulistische AfD einen durchschlagenden Erfolg errungen. Nun sitzt die Partei, deren Führungspersonal öffentlich darüber spekuliert, ob man an der Grenze auf Flüchtlingskinder oder nur auf deren Eltern schießen darf, in drei weiteren Landesparlamenten als drittstärkste, in Sachsen-Anhalt sogar als zweitstärkste Fraktion. Der Aufstieg der AfD ist aber nur ein Aspekt eines generellen Rechtsrucks der durch die BRD geht: Es vergeht keine Woche, in der nicht meist gleich mehrere Flüchtlingsheime brennen, in einigen Fällen unter dem Applaus eines pöbelnden Mobs. Rassistische Demonstrationen, ob unter dem Label "Pegida", "Nein zum Heim" oder "Hogesa" (Hooligans gegen Salafismus), ziehen wöchentlich tausende Menschen an. Und auch der Diskurs der etablierten Parteien verschiebt sich, angetrieben durch die AfD und die CSU, konsequent nach Rechts.

In der öffentlichen Wahrnehmung hat die aktuelle Welle rechter Bewegungen im Oktober 2014 begonnen. Bis zu 5.000 rechte Hooligans gingen damals in Köln auf die Straße, um vorgeblich gegen "Islamisten" zu demonstrieren. Kurz darauf begannen in Dresden die "Pegida"-Demonstrationen, die sich ebenfalls gegen eine angebliche "Islamisierung" richten. Politiker wie Sigmar Gabriel und etliche CDU-Abgeordnete legitimierten die rechten Aufmärsche, indem sie forderten man müsse die "Ängste der besorgten Bürger ernst nehmen". Dass "Kritik am Islam" und die Warnung vor einer angeblich drohenden "Islamisierung" nur schlecht kaschierter Rassismus sind, war von Anfang an klar. Die Vorstellung, dass in Deutschland oder Europa die Sharia eingeführt würde, ist so absurd wie irrational. So verwundert es nicht, dass sich das Hauptthema der Rechten schnell auf die generelle Ablehnung von Flüchtlingen verschoben hat. Bald sind in vielen Orten Initiativen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen entstanden, wurden Busse mit Menschen die aus Kriegsgebieten geflohen sind, blockiert und mit Steinen angegriffen und seit etwa einem Jahr brennen in ganz Deutschland regelmäßig Flüchtlingsunterkünfte. Dass es bisher keine Toten gab - wohl aber zahlreiche Verletzte und Traumatisierte - ist reiner Zufall.

Feindbild Flüchtling

Dass so viele Menschen, den rechten Rattenfängern hinterherlaufen, hat dabei viel mit dem herrschenden Diskurs unter bürgerlichen Medien und Politikern zu tun. Denn seit Jahren werden Menschen, die sich gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen, weil dort Krieg herrscht oder die vor Umweltzerstörungen und wirtschaftlicher Not fliehen, hierzulande hauptsächlich als Gefahr dargestellt. So hat der ehemalige SPD-Innenminister Otto Schily schon vor über 10 Jahren die Einrichtung von Lagern in Nordafrika gefordert, um Menschen von der Flucht übers Mittelmeer abzuhalten. Mit der Einrichtung der paramilitärischen europäischen Grenzschutztruppe "Frontex", Abschiebegefängnissen und seit Mitte 2015 dem Einsatz von Kriegsschiffen zur "Flüchtlingsabwehr", wurde weiter der Eindruck erweckt,

dass Menschen, die flüchten eine Bedrohung sind, der nur mit polizeilichen und militärischen Mitteln beizukommen sei. Insbesondere Politiker wie der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer oder Markus Söder (beide CSU), gehen aber noch einen Schritt weiter und fungieren mit ihren ständigen Forderungen nach einer "Obergrenze" und Grenzschließungen als direkte Stichwortgeber für den rechten Mob auf der Straße und die AfD.

Aber auch diejenigen bürgerlichen Politiker und Kapitalverbände, die sich momentan noch für die weitere Aufnahme von Flüchtlingen aussprechen, tragen indirekt zum weiteren Zulauf für die Rechtspopulisten bei. So fordert u.a. der unternehmernahe Ökonom Hans Werner Sinn, wegen dem Zuzug von Flüchtlingen, den ohnehin schon mickrigen Mindestlohn abzuschaffen. Finanzminister Schäuble will mit Verweis auf die Integrationskosten das Renteneintrittsalter noch weiter erhöhen.

Die Empathie, die viele Menschen angesichts des Elends der Flucht empfinden, soll also genutzt werden, die letzten Sozialstandards zu schleifen oder wahlweise eine Sondergesetzgebung für Flüchtlinge einzuführen, die dann als Lohnsklaven für Extraprofiten der Kapitalisten-Klasse zu sorgen haben und gleichzeitig das allgemeine Lohnniveau senken.

Nach unten treten, nach oben buckeln

Auch wenn die BRD bislang halbwegs glimpflich durch die aktuelle kapitalistische Krise gekommen ist, hat sie zurecht bei vielen zu einer tiefen Verunsicherung geführt. Die Angst den eigenen, halbwegs erträglichen Lebensstandard einzubüßen, wie es in Südeuropa massenhaft geschehen ist, ist vielen präsent. Mehr als 10 Jahre "Agenda 2010" - damals von Rot-Grün, eingeführt und von den späteren Regierungen fortgeführt - haben zudem einen riesigen prekären Niedriglohnbereich, Gängelung von Arbeitslosen und allgemein verschärfte Konkurrenz unter Lohnabhängigen hinterlassen. Eine Entschuldigung dafür, diese Angst in rassistische Ausfälle gegenüber Migrantinnen und Migranten münden zu lassen, gibt es allerdings nicht:

Denn das Flüchtlinge letztlich vor den Folgen des selben Systems und der selben Krise fliehen mussten, das hier für Sozialabbau und Niedriglöhne verantwortlich ist, liegt eigentlich auf der Hand. Der Rassismus, mit dem wir uns jetzt konfrontiert sehen, spaltet also unsere Klasse. Statt sich gemeinsam gegen die Angriffe der Unternehmer und ihrer Verbände auf unsere Lebensbedingungen zur Wehr zu setzen, treten die Rechten - auch wenn sie sich gerne als "Anwalt der kleinen Leute" geben - nach unten, auf diejenigen, die am schlechtesten gestellt sind.

Welche Interessen hier bedient werden, wird bei näherer Betrachtung der rechten Akteure deutlich: Denn der Aufschwung rassistischer und nationalistischer Politik, wird von einigen Profiteuren des Kapitalismus ganz direkt mitgestaltet. Im rechten Lager tummeln sich Vertretungen mittelständischer Familienunternehmen, die sich durch wachsende Konkurrenz bedroht sehen, einzelne Großunternehmen geben auffallend großzügige Spenden und Kredite an die AfD,



während der Wechsel von CDU und FDP zur vermeintlichen Alternative am rechten Rand auch unter hauptamtlichen PolitikerInnen keine Besonderheit mehr ist. Sicher, der weitaus größere Teil der Herrschenden setzt aktuell ganz klar nicht auf die aufstrebenden rechten Kräfte. Dennoch ähneln sich die Argumentationen beider Lager zum Beispiel in der Frage der Aufrüstung des Polizeiapparates oder der Kriminalisierung von Geflüchteten auffallend und verschiebt sich das gesamte politische Klima merklich nach Rechts.

Kein Fußbreit dem rechten Mob!

Der Spaltung und dem Rassismus setzen wir unsere Solidarität entgegen. Es gilt für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle zu kämpfen, die gezwungen sind ihre Arbeitskraft zu verkaufen - ganz unabhängig von Herkunft, Papieren oder Geschlecht!

Die organisierten Rechten stehen der Perspektive einer solidarischen Welt ohne Ausbeutung und Diskriminierung direkt entgegen. Es ist dabei zweitrangig ob es sich um NPD-Faschisten, rassistische "besorgte Bürger", rechte Verschwörungstheoretiker oder die AfD handelt. Zweitrangig auch ob "nur" rechte Hetze betrieben wird oder diese sich in Gewalt gegen MigrantInnen, Homosexuelle oder einfach Andersdenkende entlädt. Denn beides ist nicht von einander zu trennen. Der Rassismus der von Biedermännern und -frauen verbreitet wird, bedingt die brennenden Flüchtlingsheime anderswo. Diese wiederum wurden bislang noch immer als Beleg für die "gärende Stimmung" und als Rechtfertigung für weitere Hetze genutzt.

Diesem Mob entgegenzutreten, egal ob auf der Straße, im Betrieb, der Schule oder dem Bekanntenkreis ist so legitim wie notwendig. Es gilt ihnen keinen Raum für ihr menschenverachtendes Gedankengut, für rechte Demonstrationen, für die Ausbreitung ihrer Zeitschriften oder ihrer Parteien zu lassen! In den nächsten Monaten wird es viele Gelegenheiten geben, antifaschistisch und antirassistisch aktiv zu werden. Informiert euch - wir sehen uns auf der Straße!

- Am 30.4. will die AfD ihren Bundesparteitag in Stuttgart abhalten. Die Rechten wollen dort ihr neues Programm verabschieden. Verschiedene antifaschistische Gruppen und Bündnisse rufen auf, das zu verhindern!

• Facebook: [facebook.com/brandstiftern.einheizen](https://www.facebook.com/brandstiftern.einheizen)

**Brandstiftern
einheizen**

#NoAfDStgt





ORGANIZE!

Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft!

Es gibt viele Gründe, Kritik an den Gewerkschaften zu üben. Weil sie sich immer weiter von Basis- hin zu Serviceorganisationen entwickeln. Weil sie viel zu oft streiklustige Belagschaften besänftigen, um einen billigen Kompromiss zu schließen. Oder weil Gewerkschaften wie der DGB mit dem Tarifeinheitsgesetz eine Einschränkung des Streikrechts befeuern.

„Was hat die Gewerkschaft je für mich getan?“ fragen viele. Dennoch ist es die falsche Reaktion, sich abzuwenden und fortan auf den guten Willen der Unternehmer oder anderer Arbeitgeber zu hoffen. Jeder kennt die Geschichten vom „Raubtierkapitalismus“ in der Zeit der frühen Industrialisierung. Von Kinderarbeit, 80-Stunden-Wochen und Hungerlöhnen. Nur: Die Frage, warum Menschen heute für gewöhnlich keine 16 Stunden am Tag mehr arbeiten, geht dabei gerne unter. Denn der Grund dafür ist nicht, dass sich die herrschende Klasse und ihre Vertreter entschlossen hätten, etwas abzugeben und eine „soziale Marktwirtschaft“ zu gründen. Der Grund waren Kämpfe der ArbeiterInnen, der Druck von der Straße, der beispielsweise im Jahr 1918 die Regierung Ebert zwang, den Acht-Stunden-Tag einzuführen - als Bollwerk gegen die Räterepublik und weitere Proteste. Die damit erfolgten Zugeständnisse waren jedoch nur möglich, da ausreichend Profite aus den Ländern der sogenannten Dritten Welt erbeutet wurden. Mittlerweile sind jedoch alle Absatzmärkte weitestgehend unter den Kapitalisten aufgeteilt und Rohstoffquellen erschlossen. Daher wird der Klassenkampf von Oben nun auch in den kapitalistischen Metropolen offener und aggressiver gegen die Lohnabhängigen geführt. Die Zeit der „Sozialpartnerschaft“, in der die Herrschenden bereit zu Zugeständnissen zugunsten der ArbeiterInnen waren, ist vorbei. Statt dessen werden jedes Jahr mehr ArbeiterInnenrechte abgebaut, werden Arbeitszeiten verlängert und kann die Lohnsteigerungen häufig noch nicht einmal die Inflation ausgleichen. Immer mehr Menschen leben prekär und unterhalb der Armutsgrenze.

Dieser Abwärtstrend hat System. Denn kein Kapitalist, kein Arbeitgeber und kein Besitzer eines Unternehmens hat ein Interesse daran, seinen Profit mit seinen ArbeiterInnen zu teilen. In der kapitalistischen Logik kann es immer nur sin-

nvoll sein, die ArbeiterInnen auszubeuten - denn günstige Arbeitskraft senkt die Kosten und erhöht damit die Einnahmen des Unternehmens.

Wenn Menschen mehr Rechte, mehr Lohn, ein größeres Stück vom Kuchen wollen, so müssen sie es erkämpfen. Ihr einziges Machtmittel ist dabei ihre Arbeitskraft. Wenn sie diese nicht zur Verfügung stellen, so hat es unmittelbare Auswirkungen auf den Profit der Kapitalisten. Denn der Profit, den sich die Herrschenden aneignen, ist der Wert der durch unsere Arbeit entsteht. Die herrschende Klasse bezieht ihre Macht und ihren Besitz aus der Arbeitskraft der Ausgebeuteten. Wenn man also etwas bewegen will in Deutschland, so muss sich die arbeitende Klasse organisieren und ihr Machtmittel - ihre Arbeitskraft - einsetzen. Für diese Organisation braucht es die Gewerkschaften. Denn nur hier sammeln sich breite Teile der lohnabhängigen Klasse, um mit Streiks gegen ihre Ausbeutung vorzugehen. Und mit der Macht eines organisierten Streikes kann kein bundesweiter Aktionstag, kein Bündnis und kein noch so kritisch geschriebener Blog mithalten. Ein Streik ist also nicht nur im Kampf für mehr Lohn wichtig, er ist ein strategisch wichtiges Mittel, das die Verhältnisse zugunsten der Interessen der ArbeiterInnen verändern kann. Arbeitskämpfe sind für viele Menschen aber auch neue Erfahrungen, durch die Solidarität und Klassenbewusstsein entstehen können.

Wenn die Gewerkschaften keinen befriedigenden Abschluss erreichen, so liegt das allerdings nicht immer nur an der Gewerkschaftsführung - wenn nur ein kleiner Teil einer Belagschaft gewerkschaftlich organisiert ist, dann kann auch die kämpferischste Gewerkschaft keine ausreichende Lohnsteigerung herbeizaubern. Und wenn all jene, die eigentlich noch länger, härter und effektiver hätten streiken wollen, der Gewerkschaft enttäuscht den Rücken zukehren, dann fehlen eben diese Menschen im nächsten Arbeitskampf.

Statt also den Gewerkschaften den Rücken zu kehren, wenn sie einmal wieder keinen befriedigenden Abschluss bei einer Tarifverhandlung erzielt haben, sollten wir stattdessen an den gemeinsamen Kämpfen anknüpfen, kämpferische Initiativen der Gewerkschaftsbasis unterstützen, Aktionen und Streiks radikalieren und weiterentwickeln.





Denn auch wenn die Gewerkschaftsspitzen lediglich einzelne Auswüchse des Kapitalismus kritisieren, und weit entfernt sind, das System in Frage zu stellen, so sind Gewerkschaften doch erste Organisationsansätze, in denen der Vereinzelung und Spaltung der Lohnabhängigen etwas entgegen gesetzt wird und klassenkämpferische Erfahrun-

gen gesammelt werden. Und nur durch eine gemeinsame Praxis als Teil der Klasse der Lohnabhängigen können wir die Ausbeutung der Menschen durch die besitzende Klasse beenden.

ARBEITSKAMPF

bei Amazon Deutschland • bei der Charite in Berlin

www.labournet.de

Im Herbst 2013 hat Ver.di beim weltgrößten Online-Versandhändler Amazon in Deutschland einen langwierigen und komplizierten Tarifkampf begonnen. Dabei geht es nicht nur darum Amazon einen Einzelhandelsstarifvertrag aufzu zwingen, der um einiges besser ist als die jetzigen, am Logistikbereich orientierten, Lohnhöhen und Arbeitsbedingungen. Das Herausragende bei diesem Klassenkampf ist es, dass es den GewerkschaftsaktivistInnen bei Verdi unter schwierigsten Bedingungen in jahrelanger, mühevoller Kleinarbeit gelungen ist, inzwischen alle Amazon-Logistikzentren in Deutschland in Streiks miteinzubeziehen. Neuerdings wird auch versucht internationale Kontakte, zum Beispiel nach Poznan (Polen) aufzubauen. Der Kampf bei Amazon ist beispielhaft wie zukünftig in total entgrenzten, neoliberalen Arbeitsfeldern, in denen computergestützte Überwachung der Beschäftigten und prekäre Bedingungen mit Saisonkräften, LeiharbeiterInnen und befristeten Arbeitsverträgen herrschen, gekämpft werden muss. Dass dort gewerkschaftliche Organisation und Kampffähigkeit möglich ist, macht Mut, weit über Amazon hinaus.

Mehr Infos unter www.labournet.de

Seit 2 Jahren kämpfen die Beschäftigten mit ihrer Gewerkschaft Ver.di beim größten Universitätsklinikum Europas in Berlin mit mehreren tausend Kolleginnen um einen Tarifvertrag ganz neuer Art. Zuletzt streikten sie 11 Tage lang im Sommer 2015. In diesem Tarifkampf geht es um die Mindestbesetzung bei der Pflege der PatientInnen. Er hat damit eine bundesweite Pilotfunktion. Zum ersten Mal versuchen die KollegInnen im unterbesetzten Krankenhausbereich für mehr Arbeitsplätze gegen Arbeitshetze und für das Wohl der PatientInnen zu kämpfen. Wie viele Leute man einstellt ist ein zentraler Bestandteil des Handelns der Unternehmer und stellt somit einen offensiven gewerkschaftlichen Angriff auf das Kernverfügungsrecht des Kapitals über die Ware Arbeitskraft dar.

Mehr Infos dazu auf der Aktionsseite von Verdi oder auf

amazon.de

Heute:
STREIK

verdi

Deutscher
Gewerkschafts-
verband



DIE FREIHEIT AUSZUBEUTEN

Ein Gastbeitrag der Antikapitalistischen Aktion Bonn

Offiziell geht es beim „Freihandelsabkommen“ TTIP um die Abschaffung von Zöllen. Aber TTIP beinhaltet viel mehr: TTIP bedeutet einen Generalangriff auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Millionen. Verantwortlich dafür sind vor allem die Passagen des Vertrags über „direkte und indirekte Enteignung“ und „nichttarifäre Handelshemmnisse“ - kurz gesagt wird dadurch gesetzlich so ziemlich alles verboten, was den Gewinn der Konzerne in Zukunft mindern könnte. Hart erkämpfte Sozialstandards, Umwelt- und Verbraucherschutzregelungen, sowie die öffentliche Bildung und Grundversorgung könnten demnach bald als „Handelshemmnis“ oder „indirekte Enteignung“ gelten und abgeschafft werden. Dafür sollen extra geheim tagende Schiedsgerichte ins Leben gerufen werden, vor denen sich die Konzerne ihre selbst geschriebenen „Rechte“ gegenüber den Staaten einklagen können.

Klingt unglaublich? Beispiele für solche Abkommen gibt es schon längst: Die Folgen sehen wir unter anderem in Ägypten. Hier wurde der Mindestlohn 2011 per Gesetz von 41 Euro auf 72 Euro monatlich erhöht. Der französische und der ägyptische Staat haben dann ein „Investorenschutzprogramm“, ähnlich Teilen von TTIP, abgeschlossen – was dem Konzern Veolia ermöglichte den ägyptischen Staat wegen „indirekter Enteignung“, d.h. Gewinnausfall, auf 82 Millionen US-Dollar oder Rücknahme des Gesetzes zu verklagen.

Nach dem selben Prinzip werden auch unsere Umweltstandards angegriffen: TTIP hätte unter anderem zur Folge, dass der 2011 mühsam erkämpfte Atomausstieg endgültig zunichte gemacht würde, weil die anderen TTIP-Staaten keine solchen Gesetze erlassen haben. Auch beim Verbraucherschutz würde es gravierende Einschnitte geben. In der EU gilt das so genannte Vorsorgerecht, Hersteller müssen vor Einführung der neuen Produkte nachweisen, dass

diese unschädlich sind. In den USA können Produkte erst verboten werden, wenn nachgewiesen ist, dass diese gesundheitsschädlich sind. TTIP würde den Konzernen einen Freifahrtschein geben, um rücksichtslos auf Kosten unserer Umwelt und Gesundheit Profite zu machen.

Auch öffentliche Dienstleistungen, wie die Wasser- und Stromversorgung, Krankenhäuser, aber auch Bildungseinrichtungen, könnten durch TTIP bald nicht mehr für alle verfügbar sein. Die Gewinne von Unternehmen im Bereich Bildung und Gesundheit werden schließlich durch ein frei zugängliches Bildungs- und Gesundheitssystem „unzulässig bedroht“ – ein „Handelshemmnis“ also. Krankenhäuser könnten schon bald vor Menschen die Türen schließen, die sich die Behandlung nicht leisten können, Studierende müssten sich hoch verschulden. In den USA ist das die Regel.

Darüber hinaus könnten auch Streiks, auch wenn sie letztlich nur den Lebensstandard verteidigen wollen, als „Handelshemmnis“ angesehen werden.

Warum das Ganze? Sigmar Gabriel formulierte es so: „Unsere Kinder haben entweder eine europäische Stimme oder keine Stimme in der Welt. Doch selbst als Europäer sind wir zu klein [...] Wenn wir also die Balance in der Welt halten wollen, brauchen wir Partner. Zuerst die USA.“ Da hat er – womöglich unabsichtlich – mehr Wahrheit ausgesprochen, als man vom ihm denken würde. Ziel von TTIP ist der engere Zusammenschluss der wichtigsten G7 Staaten im Konkurrenzkampf gegen Wirtschaftsmächte wie China, Rußland oder Indien. TTIP soll das wirtschaftliche Gegenstück zur NATO zur Durchsetzung der imperialistischen Interessen vor allem der deutschen und US-amerikanischen Kapitalisten werden – eine „Wirtschafts-NATO“, wie es manche Beteiligten selbst ausdrücken.

All diese Erkenntnisse, die trotz aller Verschleierungstaktiken, durch die Informationssperre durchgedrungen sind, haben in großen Teilen der Bevölkerung bereits zu offener Ablehnung gegenüber TTIP geführt. Aus dieser ablehnenden Haltung hat sich eine breite Widerstandsbewegung



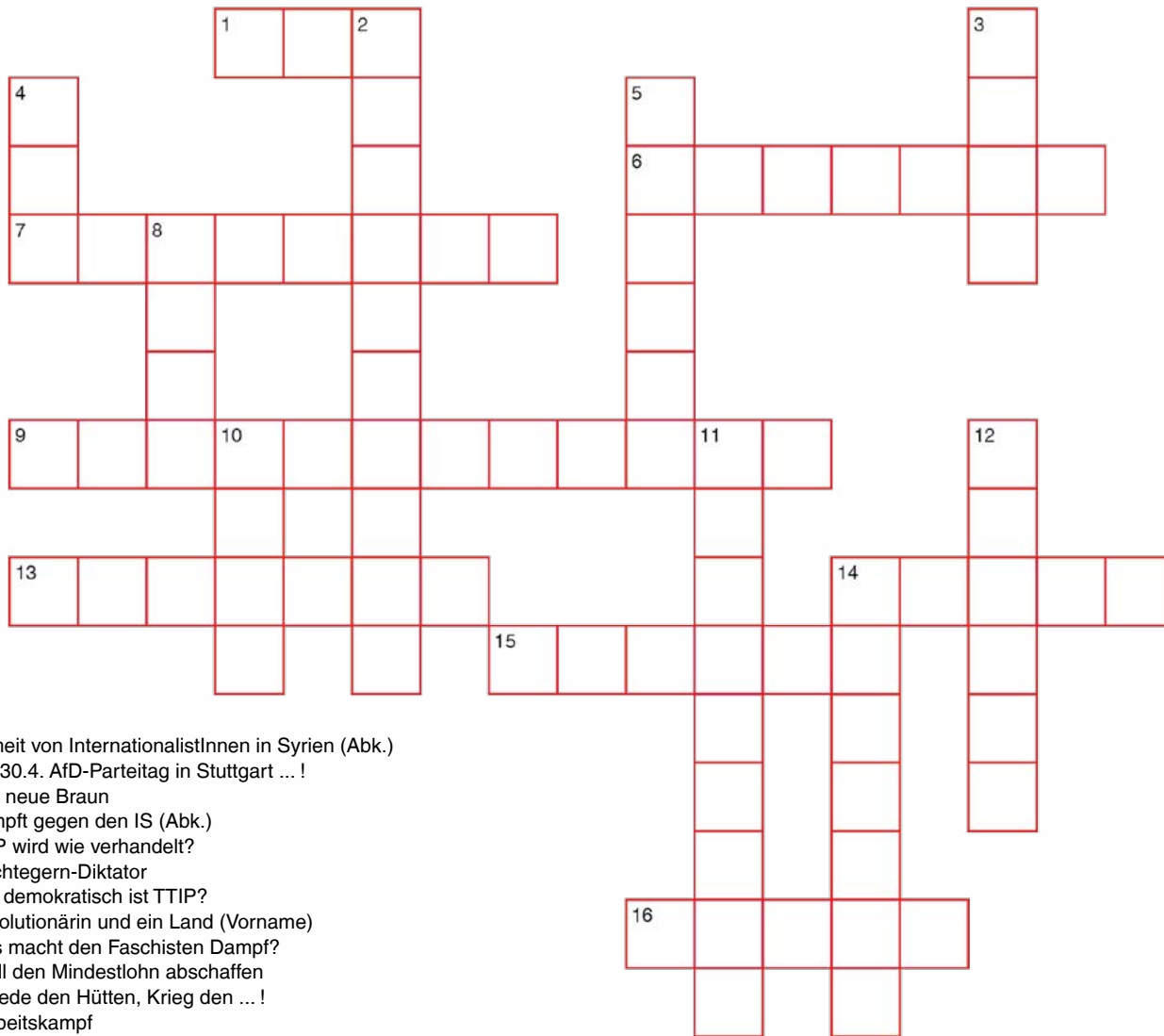


gebildet. Kräfte wie der DGB und verschiedene NGOs haben es geschafft eine deutschlandweite Großdemonstration mit 250.000 TeilnehmerInnen in Berlin gegen TTIP zu organisieren und eine europaweite Petition ins Leben zu rufen, bei der mehr als 3,2 Millionen Menschen unterschrieben haben. Daran können wir anknüpfen: Wenn der Protest kämpferischer wird und sich international vernetzt, dann gibt es die ernsthafte Möglichkeit, TTIP zu verhindern.

Dennoch dürfen wir uns keine Illusionen machen: TTIP ist das aktuellste Beispiel, doch weitere Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen werden folgen. Ein Ende solcher Politik ist erst möglich, wenn Ausbeutung und Unterdrückung überhaupt abgeschafft sind – wenn die großen Fabriken und Maschinen nicht mehr einigen Milliarden gehören, sondern Allen. Bis dahin müssen wir alle Kräfte in Bewegung setzen, um die hart erkämpften Rechte der Arbeiterklasse zu schützen und auszuweiten.



KREUZWORT-SPECIAL:



- 1. Einheit von InternationalistInnen in Syrien (Abk.)
- 2. Am 30.4. AfD-Parteitag in Stuttgart ... !
- 3. Das neue Braun
- 4. Kämpft gegen den IS (Abk.)
- 5. TTIP wird wie verhandelt?
- 6. Möchtegern-Diktator
- 7. Wie demokratisch ist TTIP?
- 8. Revolutionärin und ein Land (Vorname)
- 9. Was macht den Faschisten Dampf?
- 10. Will den Mindestlohn abschaffen
- 11. Friede den Hütten, Krieg den ... !
- 12. Arbeitskampf
- 13. Sorgen für die Festung Europa
- 14. (waagrecht): Heimlicher Vorsitzender der AfD (Vorname)
- 14. (senkrecht): Ort des G20-Gipfels 2017
- 15. Kurdisches Selbstverwaltungsgebiet in Syrien
- 16. Echte Vorsitzende der AfD





ALLE AUF DIE STRASSE!

Termine am 1. Mai 2016

BERLIN

Klassenkämpferischer Block auf der DGB-Demo
9.30 Uhr | Hackescher Markt

Revolutionäre 1.Mai-Demo (Stadtpolitischer Block)
18.00 Uhr | Oranienplatz

HAMBURG

Klassenkämpferischer & Antikapitalistischer Block
auf der DGB-Demo
10.30 Uhr | S-Bahn Hasselbrook

MANNHEIM

Antikapitalistischer Block auf der DGB-Demo
10.00 Uhr Gewerkschaftshaus

MÜNCHEN

Revolutionärer Block auf der DGB-Demo
9.45 Uhr | Eine Welthaus

Revolutionäres 1.Mai Fest
„All power to the people!“
15.00 Uhr | Glockenbachwerkstatt

STUTTGART

Antikapitalistischer Block auf der DGB-Demo
10.00 Uhr | Marienplatz

Revolutionäre 1.Mai Demonstration
11.30 Uhr | Schillerplatz

Internationalistisches Straßenfest
14.00 Uhr | Linkes Zentrum Lilo Herrmann

Und am 30.4. AfD-Parteitag verhindern!

VILLINGEN- SCHWENNINGEN

Antikapitalistische Demonstration
10.00 Uhr Bahnhof Schwenningen



Die *Perspektive Kommunismus* hat sich im April 2014 gegründet. Wir bestehen aus verschiedenen lokal verankerten kommunistischen Gruppen, halten aber eine bundesweite, aktionsorientierte und revolutionäre Organisation für notwendig. Deswegen haben wir uns zusammengeschlossen, um über gemeinsame Debatten und politische Kampagnen die Basis für solch eine Struktur zu schaffen und gemeinsam mit anderen Gruppen zu verwirklichen. Ein politischer Grundlagentext, Aufrufe zu gemeinsamen Mobilisierungen und Infos zu den beteiligten Gruppen finden sich auf unserer Homepage:

www.perspektive-kommunismus.org